

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 24. November 2019

Entlastung der Unternehmen von den Dokumentationspflichten nach dem Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GwG)

Wir Freie Demokraten treten für eine wirksame Bekämpfung der Geldwäsche ein. Wir wollen, dass die nach dem Geldwäschegesetz (GwG) verpflichteten Berufsgruppen und Unternehmen bei den Dokumentations- und Prüfungspflichten zur Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten nach dem GwG dann entlastet werden, wenn in einer Kette verbundener Geschäftsvorfälle der wirtschaftlich Berechtigte bereits von einem ebenfalls nach GwG verpflichteten Mitglied in der Kette qualifiziert identifiziert wird. Gegebenenfalls müssen hierzu die Europäischen Regeln geändert werden. Ziel ist es, unnötige Bürokratie zu vermeiden. Das ist der Fall, wenn bei Kauf oder Dienstleistung die mit dem Geschäft verbundenen Zahlungsvorgänge ausschließlich über ein Bankkonto oder Kreditkartenkonto einer deutschen beziehungsweise europäischen Bank abgewickelt werden.